

Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

**Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**

**zusammengestellt
von
Tristan Abromeit**

Dezember 2007

www.tristan-abromeit.de

Text 56.6

(33 +1 Seiten)

Hermann Vogt

**Die Ausplünderung des
Mittelstandes und der Arbeiterklasse
im Schutze des heutigen Staates**

**Eine Darstellung der Ursachen unserer Wirtschaftskrise an Hand offiziellen
statistischen Materials und die Mittel zu ihrer Beseitigung**

o. J. / Etwa 1929

Die Ausplünderer des Mittelstandes und der Arbeiterklasse im Schutze des heutigen Staates

Eine Darstellung der Ursachen unserer
Wirtschaftskrise an Hand offiziellen statistischen Materials
und die Mittel zu ihrer Beseitigung

von

Hermann Vogt

Biel

Hermann Müller

Lehrer

(20 a) ARNUM



Kreis Hannover

Preis 50 Rp.

Selbst-Verlag

Wasenstrasse 13 b

Die Ausplünderer des Mittelstandes und der Arbeiterklasse im Schutze des heutigen Staates

Motto:

Man kann alles organisieren in der Welt, den Frieden und den Krieg, die Prosperität und die Krise. Gegenwärtig sind grosse Finanzherren der Welt daran, die Krise zu organisieren und eine bedenklich zusammengesetzte schweizerische Währungscommission ist bereit, das ihre für eine zukünftige schweizerische Kreditknappheit (Krise) zu tun.

Professor Fritz Marbach, Bern
(Metallarbeiterzeitung, Febr. 1929).

Die drei Auswege

Die Krise in unserer Volkswirtschaft verschärft sich tagtäglich. Waren es im Anfang nur einige Länder, die von der Krise betroffen wurden, so sind es heute fast alle. Schwer drückt die Arbeitslosigkeit die Arbeitenden aller Stände (Arbeiter, Unternehmer, Gewerbetreibende und die Bauern). Und die Aussicht auf Besserung der Wirtschaftslage?

Es werden der Menschheit, um aus diesem Chaos herauszukommen, drei Wege vorgeschlagen. Die zwei ersten sind die der Gewalt und Diktatur. Ob diese zwei Bewegungen der Menschheit die Erlösung bringen? Ich glaube es nicht. Noch nie hat die Waffengewalt den Völkern die Freiheit gebracht. Höchstens für den Moment. Immer war es die Knechtung und Ausbeutung in einer andern Form, unter einem andern Namen.

Der dritte Weg ist die Einheitsfront aller Schaffenden, Unternehmer, Bauern, Gewerbetreibenden und Arbeiter, mit einem Wort: Der Mittelstand und die Arbeiterklasse. Diesen zwei Gruppen droht der Untergang, wenn sie sich nicht zusammenfinden. Die bestehenden Wirtschaftskorporationen, Gewerkschaft, Unternehmer- und Bauern-

verbände sollen dadurch nicht gespalten werden; sie sollen sich gemeinsam im Kampfe gegen die Ursachen der Krise zusammenschliessen. Wirtschaftliche Forderungen ausarbeiten, um dem gemeinsamen Feinde der Freiheit und Gerechtigkeit entgegenzuarbeiten. Nicht, indem wir die Befürworter der Waffengewalt und Diktatur hängen, ebnen wir den Boden der Freiheit und Gerechtigkeit, sondern indem wir uns einsetzen für die sofortige Reorganisation der wirtschaftlichen Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung.

Wissen und Wollen

Wissen und Wollen ist die Grundbedingung zur Verwirklichung der Gerechtigkeit, zur Bekämpfung der Ausbeutung Mensch durch Mensch. Die inneren wirtschaftlichen Zusammenhänge, die diese Ausbeutung ermöglichen, müssen erkannt werden. Nur die Klarheit in Wirtschaftsfragen schafft die Einheitsfront, entzieht für all diejenigen, die im Trüben fischen möchten, die Möglichkeit, sich auf Kosten des Elends zu mästen. Hierin liegt die grosse Aktionskraft der vorwärtsstrebenden Menschheit, die Macht der Gewaltlosigkeit, verkörpert durch den passiven Widerstand. Nur Unwissende in Wirtschaftsfragen bedienen sich der Gewalt; dies gilt auch für unsere Staatsmänner. Nicht die Menschen müssen wir bekämpfen, sondern das System, die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung, welche diesen Menschen die Macht gibt, uns zu beherrschen, uns auszubeuten.

Die Auswirkungen dieser Macht sind immer und immer wieder Krieg und Krise; sie sind die schwersten Leidenswege der Menschheit. Der Vater derselben ist der Kapitalismus und das Spekulantentum. Wollen wir die Krise, den Krieg zwischen den Völkern vermeiden, so können wir dies nur, indem wir den Kapitalismus beseitigen, d. h. den Kapitalismus in seiner Macht zu erkennen, und diese Macht liegt im heutigen System, im Bodenmonopol, im Geldwesen und der Planlosigkeit. Nebst der Unkenntnis der Massen gibt es noch eine andere Macht, die der Kapitalismus und das Spekulantentum besitzt, und das ist die Lüge; dazu ist ihm die Presse die Hure.

Worin bestehen diese Lügen?

Ueberproduktion und Rationalisierung

Indem man das Volk in den Glauben versetzt, die Krise habe ihre Ursachen in der Ueberproduktion und in der Rationalisierung. Wie können wir aber von der Ueberproduktion, also von einem Ueberfluss an Waren sprechen, wenn man bedenkt, dass Millionen von Menschen hungern, schlecht wohnen, nichts ihr eigen nennen können? Hier liegt es nicht an der Ueberproduktion, sondern der Fehler liegt an der Verteilung des Arbeitsertrages. Mit andern Worten: Die Ausbeutung des Volkes durch die Hochfinanz und das Spekulantentum hat solche Formen angenommen, dass das Volk nicht mehr imstande ist, seine selbstproduzierten Produkte aufzukaufen. Darauf werde ich später noch zurückkommen.

Wenn wir eine Ueberproduktion in gewissen Gebieten haben z. B. in der Uhrenindustrie, so ist sie nicht in der Qualitätsware zu suchen, sondern in der minderwertigen Qualität.

Zur Rationalisierung eine Frage

Weshalb hatte Amerika, welches als das bestrationalisierte Land gilt, seit 1921 bis im Herbst 1929 keine Krise?

England im Gegensatz, welches sehr schlecht rationalisiert ist, steckt in der Krise seit 1920 bis heute.

In Russland, seit intensiver Rationalisierung (Fünfjahresplan) ist die Arbeitslosigkeit verschwunden.

Können wir nach gesunder Ueberlegung die Rationalisierung als eine Ursache der Krise betrachten?

Zu diesen drei Lügen gesellt sich die vierte:

Die Krise sei international

Wie kommt es aber, wenn man die sogenannte internationale Krise untersucht, dass kein einziges Land in gleichem Masstabe von der Krise betroffen wird? Zum Beispiel:

England ständige Arbeitslosigkeit, Amerika seit 1921 bis im Herbst 1929 keine Arbeitslosigkeit, Frankreich bis im Sommer 1930 keine Arbeitslosigkeit, beschäftigte sogar zwei Millionen Ausländer. Finnland und Spanien kannten bis vor kurzem keine nennenswerte Arbeitslosigkeit. Das Interessante dabei ist d a s J a h r 1 9 2 8 d e r a l l-

gemeinen Hochkonjunktur. Da zählte man vier Länder, welche Arbeitslosigkeit hatten: Italien, England, Deutschland und Russland. Während in andern Ländern gegenwärtig die Arbeitslosigkeit sich verschärft, in Russland im Gegensatz die Arbeitslosigkeit auf Null gesunken ist, zählte man 1928 in Russland 2 Millionen Arbeitslose. England hatte seit Aufhebung der Goldwährung eine Abnahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Fabriken, die jahrelang brachlagen, hatten ihre Arbeit wieder aufgenommen. Die Morgankönige, welche sich durch die Aufhebung der Goldwährung schwer bedrückt fühlten, erzwangen sich auf neue die Preisabbaupolitik, wodurch die Arbeitslosigkeit nach vier Monaten sich wieder verschärfte. Kann man dies als eine internationale Krise bezeichnen?

Dies sind alles Tatsachen, und es ist verblüffend, wenn man die Wirtschaftsstatistiken der verschiedenen Länder untersucht, dass die Ursache der Krise genau die gleiche ist. Preisabbau (Deflation).

Krisenerscheinungen in der Volkswirtschaft

Bevor ich über die Ursache spreche, möchte ich die Krise in vier Gruppen einteilen. Dies der Klarheit halber.

1. Die partielle Krise,
welche durch die technische Entwicklung verursacht werden kann.

Beispiel: Alle Hand- und Heimarbeiter, welche durch die Maschinen ersetzt wurden. Das Kutschergewerbe wurde durch die Automobilindustrie ersetzt. Die elektrische Lampe ersetzte die Petrollampe. Der Bubikopf brachte die Seidenbandindustrie in Verlegenheit. Die elektrische Lokomotive versetzte der Dampflokomotivindustrie einen schweren Schlag. Ohne weitere Beispiele anzuführen, liegt dies auf der Hand, dass solche technische Umwälzungen Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

2. Die Dezentralisierung
einer Industrie kann zur Krise führen; und diese Erfahrung haben wir in der Stickerei und in der Uhrenindustrie. Diese Industrien wurden in andere Länder verschleppt, wofür die Bevölkerung dieser Gegenden die Zeche bezahlen kann. Die Verschleppung dieser Industrien verdanken wir der allgemeinen Krise, da infolge der Arbeitslosigkeit die Bevölkerung auswandert.

3. Die Planlosigkeit

Die planlose gegenseitige Konkurrenzierung, wie es in unserer Uhrenindustrie der Fall ist, wo nur drauflos produziert wird, ohne einen anständigen Lohn oder Gewinn zu erzielen, kann zur Krise führen. So kann nachgewiesen werden, dass Betriebe jahrelang ohne Gewinn, sogar mit Verlust gearbeitet haben, auf Kosten ihres ausgedehnten Kredites. Durch die planlose Preiskonkurrenzierung unter sich sah sich zum Beispiel Amerika genötigt, spezielle Schutzzölle gegen unsere Uhrenindustrie zu erheben, damit die Uhrenproduktion in Amerika nicht vernichtet wird. Nach Erhebungen von 1929 kommt die Schweizeruhr, welche nach Amerika exportiert wurde, auf durchschnittlich Fr. 15.— zu stehen, während der Preis einer Uhr in den Vereinigten Staaten auf 225 Fr. zu stehen kommt (cf. Wall-Street-Journal).

Dank der Unfähigkeit unserer Uhrenfabrikanten, sich zu organisieren und diesen gewaltigen Preisunterschied zu paralysieren, führte dies dann zu Schutzzöllen.

Diese planlose Preiskonkurrenzierung muss bekämpft werden, im Interesse einer Industrie, und dies ist möglich durch die Konzentration des Verkaufswesens und nicht durch die Zentralisierung der Produktion, wie es die Holding-Trust vorsieht.

Während diese drei Gruppen von einer Krise betroffen werden können bleiben die andern Industrien logischerweise von der Krise verschont, insofern sie nicht im Zusammenhang stehen.

4. Allgemeine Krise

Ganz anders verhält es sich aber mit der allgemeinen Krise. Diese umfasst die ganze Volkswirtschaft bis an die äusserste Grenze einer Nation, keinen Meter weiter.

Die allgemeine Krise hat ihren Anfang im Sturz des Grosshandelsindex (Deflation), und dieser Sturz kann verursacht werden:

1. Durch beunruhigende Presse-Meldungen.
2. Durch Geldrückzug (Kreditsperre) der vereinigten Grossbanken (beides zwecks Spekulation) «à la baisse» und dann «à la hausse» Riesengewinne einheimen zu können.

3. Geldrückzug der Nationalbank (A.-G.) zur Innehaltung der Deckungsvorschriften (Goldwährung).

Die Krise wird gemacht:

1. Um den durch die gute Konjunktur ständig sinkenden Zinsfuss aufzuhalten, damit dem Volk die Ersparnisse vernichtet werden, somit als Konkurrent des Grosskapitals auszuscheiden ist.
2. Damit die ganze Volkswirtschaft verschuldet werde, um die Löhne beliebig senken und die Höhe des Zinses diktieren zu können.
3. Der Grossindustrie, dem Grosskaufmann und dem Grossgrundbesitzer wird damit die Möglichkeit gegeben, ihre Betriebe und Geschäfte auf Kosten der kleinen Konkurrenten, somit des Mittelstandes zu vergrössern, ihre Trustorganisationen zu verschärfen, um dann die Warenpreise, die Mietzinse und Löhne diktieren zu können.

Das sind die Gründe, die eine kleine Gruppe (von 10% der Bevölkerung) veranlassen, ein solches wirtschaftliches Chaos heraufzubeschwören, um sich dann auf Kosten dieses Elends zu bereichern.

Preisabbau und die Volkswirtschaft

Wie wirkt sich nun der Sturz des Grosshandelsindex und die beunruhigenden Pressenachrichten auf die Volkswirtschaft aus?* Sobald die Parole Preisabbau gegeben wird, setzt der Käuferstreik ein. (Siehe Bild 1.)

* Der Grosshandelsindex und Kleinhandelsindex befinden sich nicht immer in harmonischem Einklang, da die Detailpreise dem Produktionsprozess unterworfen sind und im Preise schwanken können, trotz Stabilität im Grosshandel.

Der Grosshandelsindex wird berechnet und ist in zehn Gruppen eingeteilt: 1. Tierische Nahrungsmittel; 2. Pflanzliche Nahrungsmittel; 3. Nahrungsmittel zur industriellen Verarbeitung; 4. Baustoffe; 5. Metalle; 6. Textilien, Leder, Gummi; 8. Betriebsstoffe, Chemikalien; 9. Futtermittel; 10. Düngemittel.

Bilder 1, 3, 4, 5, 6 und 7: Der Broschüre des Herrn Hans Schuhmann «Arbeiterklasse und Geldpolitik» mit freundlicher Genehmigung entnommen.

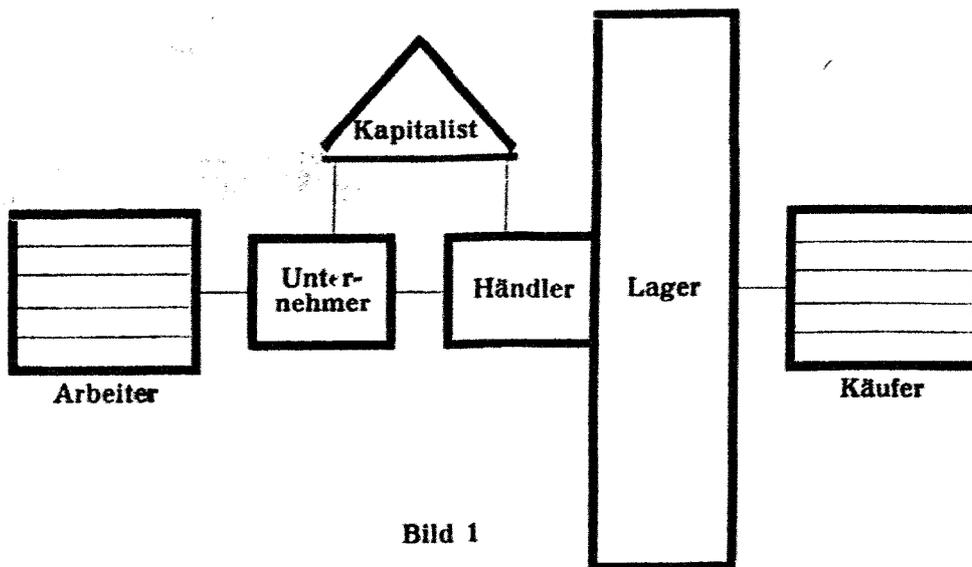


Bild 1

Der Kaufmann veranstaltet Ausverkäufe, um so schnell wie möglich sein Lager räumen zu können, ehe die Waren noch billiger werden. Zugleich annulliert er die grossen Bestellungen und macht deren nur noch kleine. Die Folge ist, dass die Unternehmer ihre Arbeiter entlassen müssen, da sie keine Aufträge erhalten. Die ungeheuren Auswirkungen des Preissturzes im Grosshandel auf die Volkswirtschaft ersieht man am besten am Wechselspiel bei der Nationalbank. Im Detailverkehr wirkt sich der Preisabbau ganz langsam aus, und weil das allgemeine Volk mit dem Grosshandel nicht in Verkehr steht, merkt es von den bevorstehenden Gefahren nichts. Im Grosshandel dagegen wird vom Preisabbau sofort Gebrauch gemacht. Wie gehandelt wurde, zeigen folgende Zahlen:

| | |
|------|--|
| 1927 | Monat Juli für 318 Millionen, September 321 Millionen, |
| 1928 | gleichmässig, |
| 1929 | Monat Oktober 127 Millionen, Anfang der Krise, |
| 1930 | Monat November 22 Millionen. |

So sieht der Käuferstreik aus, wenn die Preise im Grosshandel sinken. Was die Situation noch verschärft, ist, dass jeder Geldgeber, welcher der Industrie und dem Handel Geld geliehen hat, alle kurzfristigen Gelder kündigt; der eine aus Angst, der andere aus Spekulationsgründen. Nur die Arbeiter, deren Einkommen gering ist, müssen weiter kaufen, damit sie nicht verhungern. Aber alle, die noch Mittel zur Verfügung haben, warten bis alles

billiger wird. Das ist der psychologische Moment falscher Pressenachrichten und einer bevorstehenden Preisabbau-politik (Deflation).

Wie eng der Grosshandelsindex mit der Arbeitslosigkeit verbunden ist, zeigt die nachfolgende Statistik, entnommen dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit.

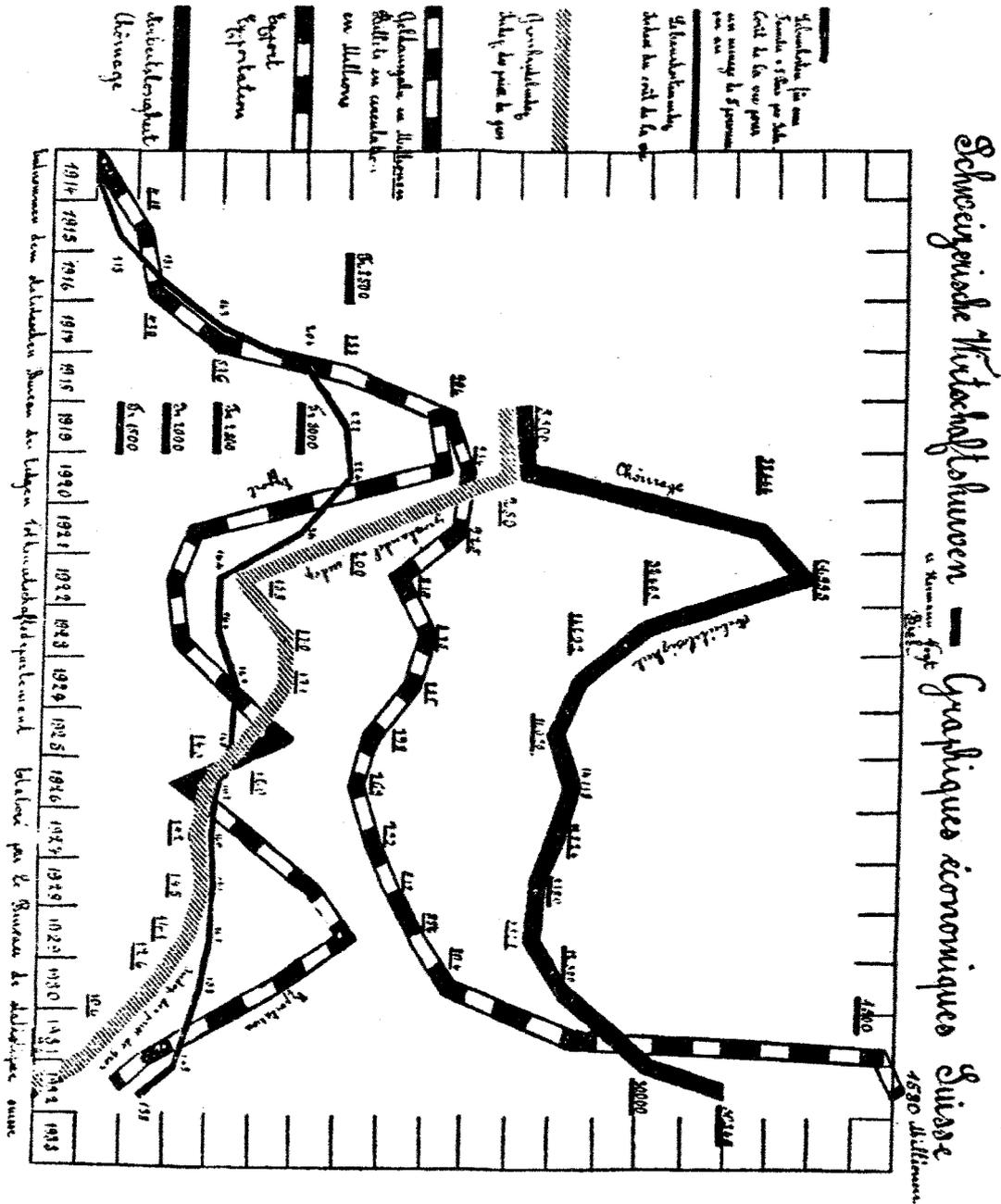


Bild 2

(Diese graphische Zeichnung entspricht dem Jahres-durchschnitt der schweizerischen Entwicklung 1914 bis 1932.)

In den Jahren 1918 bis Mitte 1920 erfreuten sich die Arbeitenden der Schweiz eines gewissen Wohlstandes. Leider dauerte dies nicht lange. Die Hochfinanz und das Spekulantentum erholten sich von ihrer Furcht vor der Weltrevolution und gingen zum Angriff über mit Hilfe unserer Nationalbank A.-G.

Parallel mit dem Sinken und Steigen des Grosshandelsindex steigt und sinkt die Arbeitslosigkeit, sowie die Notenausgabe unserer Nationalbank. Wenn 1924 der Grosshandelsindex wieder zu sinken anfing, die Arbeitslosenziffer aber weitersank, so ist dies nur auf den Umstand zurückzuführen, dass die ganze Presse das Ende der Krise in die Luft hinausposaunte. Dass dem nicht so ist, rächte sich im Jahre 1926: da stieg die Arbeitslosigkeit wieder. Ab 1926 hatten wir wieder stabilere Verhältnisse, sogar Hochkonjunktur, bis im Herbst 1929. Da kam 1929 die verhängnisvolle Stunde für unsere Volkswirtschaft, wovon die Arbeitenden die Leidtragenden waren und bis heute es noch sind. Man hörte nicht auf die Warnungen des Prof. Marbach in der Gewerkschafts-Zeitung (1929 im Februar) und anderer Volkswirtschaftler.

Nach diesen schönen Jahren liess man die Preise im Grosshandel ohne Protest sinken und das Arbeitslosen-Elend fing wieder an.

Parallel mit dem Sinken des Grosshandels-Indexes stieg auch diesmal wiederum die Arbeitslosigkeit. Nur die Geldausgabe unserer Nationalbank ging nicht parallel mit. Die Geldausgabe wurde von 945 Millionen im Monat Oktober 1929 bis ins Jahr 1931 auf 1 Milliarde 600 Millionen erhöht und beeinflusste den Grosshandelsindex nicht.

W a r u m : Weil zirka 800 Millionen gehamstert sind, zum Teil von Ausländern und Schweizern, die abwarten können, bis die Preise sich gefestigt haben und der L o h n a b b a u sich vollzogen hat. Deshalb dieser grosse Geldüberfluss unserer Banken. «A la baisse» (Deflation) sagt der Kapitalist in der Finanzrevue, organisiert den Preisabbau, reibt sich seinen runden Bauch; während diese Worte für das Volk fremd klingen, bedeuten sie doch Arbeitslosigkeit, Elend und leert unsere Arbeitslosenkassen, und die Lohnsenkung ist vollbracht. Gesenkten Hauptes gehts in die Fabrik. Die Zeiten ändern sich, «à la hausse» (Inflation). Teuerung greift um sich, Arbeitslosigkeit verschwindet und gesenkten Hauptes gehts

in die Fabrik. Hernach muss gestreikt werden für mehr Lohn, um die Teuerung zu mildern, bis der Zeitpunkt «à la baisse» wieder kommt. Dies ist der periodische Narrenseiltanz unserer Volkswirtschaft. Muss es immer so sein?

Dass der Grosshandelsindex im Jahre 1914 so rapid in die Höhe getrieben wurde, ist nicht etwa allein dem Umstand zuzuführen, wegen der Lebensmittelknappheit (verursacht durch den Krieg), sondern der Inflationspolitik unserer Nationalbank (A.-G.). (Vergleiche man die Notenausgabe.) Der Krieg war zirka $\frac{1}{5}$ schuld an unserer ungeheuren Teuerung die wir von 1914 bis 1918 erleben mussten. Schrieb doch darüber am 29. Juli 1921 in der «Neuen Zürcher Zeitung» der Chefredaktor «Dr. A. Meyer», Nationalrat (jetziger Bundesrat) und Experte des Bundesrats in den internationalen Währungskonferenzen: «Es zweifelt doch heute kein Mensch mehr daran, dass durch Vermehrung der Zahlungsmittel (Geld) die Preise gehoben und durch Verminderung die Preise gesenkt werden können.»

Und Prof. Bachmann, Generaldirektor der Schweizerischen Nationalbank (A.-G.) äusserte sich in der Generalversammlung der Aktionäre vom 2. März 1928, es sei «allen Einwendungen und Zweifeln gegenüber doch das eine festzuhalten, dass durch Einschränkung und Ausdehnung des Kredites das Preisniveau beeinflusst», also willkürlich verändert werden kann. Für diese Unverantwortlichkeit und Verbrechen von seiten der Nationalbank und der Regierung musste das Volk schon bei der Krise 1920—23 die Zeche bezahlen, und seit 1929 begeht man bewusst ein neues Verbrechen am Volk.

Lohnabbau und Export

Um aber den Arbeitenden den Preisabbau plausibel zu machen, soll der Reallohn, also die Kaufkraft des Lohnes nicht gesenkt werden.

Der Reallohn wird nicht gesenkt, sobald alles, z. B. die Post-, Bahn-, Telegraphentaxen, Steuern, Zölle und Gebühren — Zinsen und Schulden nicht vergessen — mit einem Wort, alles was einen Wert besitzt, prozentual gleich viel gesenkt wird. Rein theoretisch berechnet hat

die Musysche Politik Recht, aber sie praktisch durchzuführen, ist unmöglich, und da wird die arbeitende Bevölkerung immer den kürzern ziehen. Dies weiss Musy ganz genau. Ein Beispieldafür. Die Guthaben und Schulden und Geldwerte (Vermögen in bar) sind in seinem Programm nicht inbegriffen. Somit richtet sich der Preis- und Lohnabbau nur gegen das Volk. Von der Grossindustrie wird den Unwissenden der Preis- und Lohnabbau mit der Begründung befürwortet, man könne dadurch besser den ausländischen Markt beherrschen. Vergisst aber hier und verschweigt dem Volke bewusst, dass, wenn es uns gelänge, einen allgemeinen Preisabbau durchzuführen, ohne den Reallohn zu senken, somit niemand Schaden erleiden würde, das Ausland mit Zollschranken der schweizerischen Konkurrenz ein Ende bereiten würde, oder sie unterordnen den Import schweizerischer Waren ihren Bedürfnissen, wie dies Frankreich tut, somit kommt nicht der Lohn und die Entstehungskosten in Frage, sondern wieviel ein Land von unseren Produkten beziehen will. Wir können natürlich nicht ausser acht lassen, dass wir nicht nur von unserem Preisstand abhängig sind, sondern unser Export von der Wirtschaftslage jener Länder abhängig gemacht wird. Wenn also die Schweiz von der Krise erfasst wurde, weil alle Länder in der Krise stecken, so ist es die Pflicht unserer Landesbehörde, wenigstens den Inlandsmarkt zu retten, und dies können wir nur, wenn wir jeden weiteren Preis- und Lohnabbau verhindern. Was hat Brüning in Deutschland mit seiner Preis- und Lohnabbaupolitik erreicht? Das Arbeitslosenheer von 2,5 Millionen auf 6 Millionen erhöht — sollte uns dies nicht eine Warnung sein und uns davor hüten, desgleichen geschehen zu lassen! Die Rückwirkungen des Preisabbaues auf die Volkswirtschaft kennzeichnen sich am besten beim Bilde 2.

Wenn wir diese Statistik verfolgen kommen wir zu den Feststellungen: Mit dem Sinken des Grosshandelsindexes sinkt unser Export und die Arbeitslosigkeit steigt an. Die Jahre 1920—1925, sowie der Zeitraum seit Ende des Jahres 1929 bestätigen dies vollauf.

Ja! Sinkt der Grosshandelsindex nicht gerade infolge der Arbeitslosigkeit, wird die Frage sein. Dem ist eben nicht so; so lange die Preise im Grosshandel stabil sind, kann der Grosskaufmann auch grössere Aufträge dem Unternehmer geben und letzterer seine Arbeiter beschäftigen. Sobald die Preise zu sinken beginnen, hält der Grosskaufmann mit seinen Bestellungen zurück, leert vorerst sein Lager (vergleiche Bild 1). Der Unternehmer ist inzwischen ohne Auftrag und der Arbeiter wird arbeitslos. Was die Krise noch verschärft, ist, dass Hand in Hand mit dem Sinken der Preise die Kaufkraft des Frankens steigt. Somit können die Grosskaufleute ihren Warenbedarf im Ausland billiger eindecken als in der Schweiz. Was die Ueberflutung des inländischen Marktes zur Folge hat, lassen wir die Zahlen sprechen.

| Jahr | Grosshandelsindex | Einfuhr in Millionen | Ausfuhr |
|------|-------------------|-------------------------|---------|
| 1914 | 100 | | |
| 1920 | 250? | 4243 | 3277 |
| 1921 | 200 | 2296 | 2140 |
| 1922 | 158 | 1914 | 1762 |
| 1923 | 170 | 2243 | 1760 |
| 1924 | 171 | 2504 | 2070 |
| 1925 | 160 | 2633 | 2039 |
| 1926 | 145 | 2415 | 1837 |
| 1927 | 142 | 2564 | 2023 |
| 1928 | 145 | 2744 | 2134 |
| 1929 | 141 | 2784 | 2105 |
| 1930 | 126 | 2664 | 1767 |
| 1931 | 110 | 2231 | 1349 |

Das Jahr 1932 zeigt eine neuerliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, was folgende Zahlen beweisen:

| Jahr | | Grosshandelsindex | Einfuhr in Millionen | Ausfuhr |
|------|-----------|-------------------|-------------------------|---------|
| 1931 | Oktober | 106 | 203 | 113,7 |
| | November | 106 | 182,3 | 106,2 |
| | Dezember | 103 | 204,4 | 92,7 |
| 1932 | Januar | 101 | 164,2 | 72,9 |
| | Februar | 100 | 159,7 | 84,6 |
| | März | 99 | 147,3 | 73,4 |
| | April | 98 | 145,7 | 66,5 |
| | Mai | 95 | 144,1 | 60,7 |
| | Juni | 94 | 144,7 | 58,4 |
| | Juli | 94 | 132,4 | 58,7 |
| | August | 95 | 134,4 | 59,7 |
| | September | 95 | 134,1 | 63,5 |

Wenn nun in den letzten Monaten die Einfuhr stark abgenommen hat, so ist dies einerseits die Folge der vom Bundesrat neuerlich errichteten Schutzzölle (welches interessanterweise die Musysche Politik illusorisch macht), andererseits die Abnahme der Kaufkraft des werktätigen Volkes, welches durch die langandauernde Krise rasch der Verarmung entgegengeht.

Preisabbau und seine Rückwirkung

Es gibt in der Wirtschaft nicht nur Löhne und Preise, sondern auch noch Steuern und Schulden.

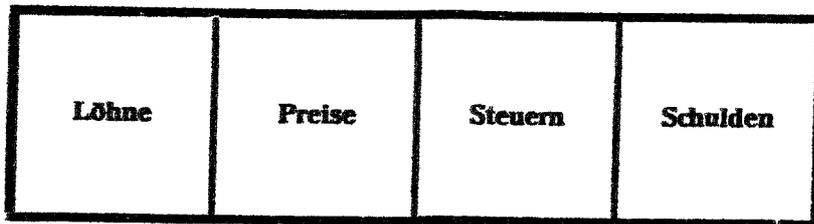


Bild 3

Vor einer Krise ist das Budget in der Familie, wie beim Geschäftsmann, Staat und Gemeinden im Gleichgewicht.

Wie verhält es sich aber mit dem Gleichgewicht nach der Krise?

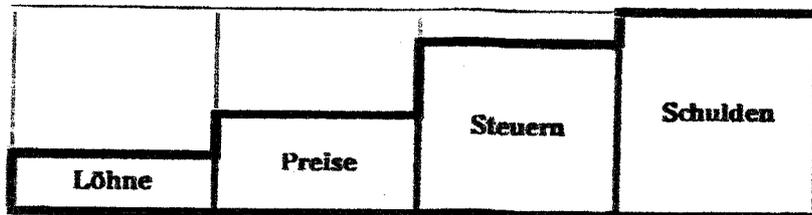


Bild 4

Nehmen wir an, die Preise seien um 50% gesenkt worden. Schulden können und werden nicht gesenkt. Selbst die Steuern können nicht gut gesenkt werden, da der Staat und die Gemeinden sich durch die Krise verschuldet haben.

Die Löhne sinken aber nicht nur 50%, sondern 75%, weil die Arbeitslosen sich gegenseitig den Lohn drücken.

Mit fallenden Preisen steigt die Last der Schulden. Der leidtragende Teil dabei ist die Arbeiterklasse. Das beweist der Lohnabbau und die verlorenen Streike 1920—1925.

Wie verhält es sich mit einem Betrieb vor und nach dem Preisabbau.

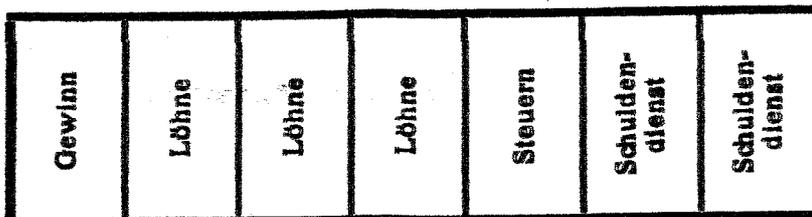


Bild 5

Durch die überaus gute Wirtschaftslage 1928 wurde eine Automobilfabrik eröffnet (bildlich aufgefasst).

Der Betrieb hatte ein Einkommen von 35,000 Fr. Dies entsprach sieben Autos à 5000 Fr. Zwei Autos mussten sie verkaufen, um die Schulden zu bezahlen. Ein Auto wurde für die Steuern verkauft, drei Autos für die Löhne und ein Auto war der Gewinn.

Wie sieht es aber nach der Krise in diesem Betrieb aus, nachdem die Preise um 50% gesenkt worden sind? Ihr ganzes Einkommen beträgt nur noch 17,500 Fr.

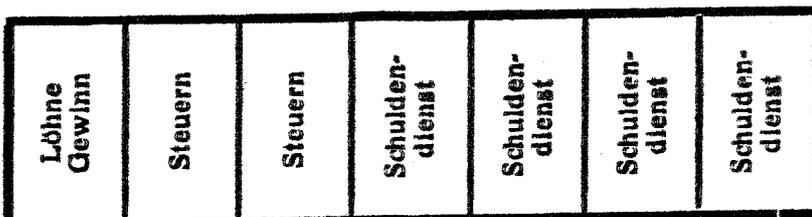


Bild 6

Um seine Schulden zu bezahlen muss der Betrieb jetzt vier Autos verkaufen, zwei Autos für Steuern und eines bleibt übrig für Löhne und Gewinn. Dieses Beispiel genügt für alle Unternehmen, Privat, Staat und Gemeinden. So wirken sich allgemein sinkende Preise auf die Wirtschaft aus.

Qui bone? Wem nützt der Preisabbau? Dafür das

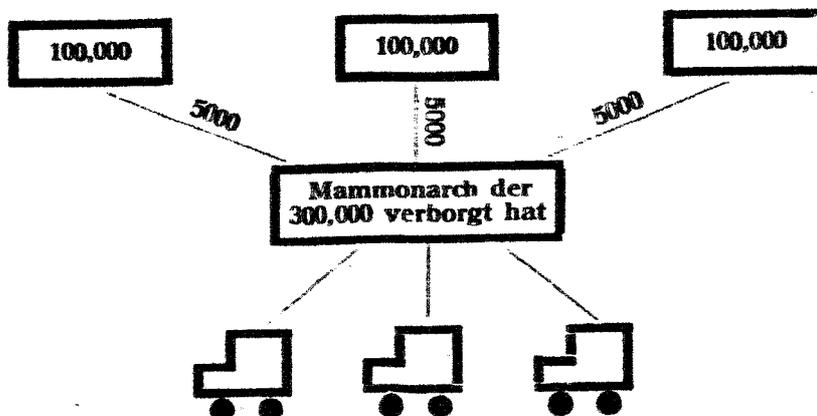


Bild 7

Bei einer Verzinsung von 50% kann sich der Herr jährlich drei Autos kaufen, wenn jedes Auto 5,000 Fr. kostet. Er kann sich aber 6 Autos kaufen, wenn die Preise um 50% sinken, da die Schulden nicht sinken.

Nutzniesser des Preisabbaues sind ausschliesslich die Geldbesitzer bzw. der Besitzer von Wertpapieren, die auf feste Geldsummen lauten, und die Spekulanten. Man denke sich nur die ungeheuren Spekulationsmöglichkeiten bei Liegenschaften, wo die Besitzer nicht mehr zinsen können. Die Hypothekarbanken haben nichts zu verlieren, solange die Werte nicht unter einen Drittel sinken, die Verluste werden ausschliesslich vom Besitzer und seinen Bürgen getragen. Der Grossbauer, der bares Geld zur Verfügung hat, kann den Besitz des Kleinen um schnödes Geld aufkaufen und der ehemalige Besitzer wird zum Mieter der Scholle erniedrigt. Dem Unternehmer und Hausbesitzer, dem Gewerbetreibenden ergeht es ebenso. Sie werden alle von Grossen «aufgefressen» und zurück in die Arbeiterklasse geworfen. Nicht genug der wirtschaftlichen Knechtung, dazu kommt noch der Vertrauensbruch zwischen Vater und Sohn, Freund dem Freunde, die einander Bürge waren, die gegenseitige Hilfe, die Solidarität praktisch ausübten und jetzt in Brüche geht, verursacht durch den Preisabbau. Muss da nicht in jedem gerechten Menschenherze die Revolte Platz greifen? Einer Regierung, die all dies ermöglicht, den Kampf ansagen?

Die Arbeitenden aller Stände sollten sich durch das Schlagwort Preisabbau nicht betören lassen, sondern den Mut aufbringen, gegen den goldenen Strom zu schwimmen. Sie kann das, wenn sie eine Geldpolitik fordert und erkämpft, durch welche das Preisniveau im Grosshandel unter allen Umständen stabil bleibt.

Die Bestätigung des Internat. Arbeitsamtes

Das internationale Arbeitsamt hat anhand seriöser Untersuchungen über Ursachen der Krise in den verschiedenen Ländern zwei Schriften herausgegeben: «La Crise de chômage 1920—22» und «Le chômage 1920—28» und kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. Ein starkes Sinken der Preise ist immer begleitet gewesen von einer bedenklichen Arbeitslosigkeit.
2. Ein Steigen der Preise nicht über eine gewisse Grenze hinaus ist fast ohne Ausnahme von einer empfindlichen Abnahme der Arbeitslosigkeit begleitet gewesen.
3. Ein aussergewöhnliches Steigen der Preise, wie es in gewissen Ländern infolge einer verheerenden Geldvermehrung vorgekommen ist, hat schliesslich zu einer Arbeitslosenkrise geführt.
4. Die einer solchen Hausse folgende Preisstabilität war anfänglich von vermehrter Arbeitslosigkeit begleitet, indessen bald gefolgt von einer zunehmenden Wiederherstellung des Arbeitsmarktes.
5. Wenn eine Stabilisierung der Preise auf eine Baisseperiode gefolgt ist, ist die Abnahme der Arbeitslosigkeit eine langsame gewesen.
6. Wenn eine Stabilisierung der Preise auf eine gemässigte Hausseperiode gefolgt ist, hat sich die rasche Besserung des Arbeitsmarktes, die diese Hausse begleitet hatte, fortgesetzt oder behauptet.

«Solche Krisen sind nicht ein besonderes Merkmal der von uns untersuchten Krise gewesen, sondern waren als solche bereits bei den periodisch die Wirtschaft heimsuchenden Krisen der Vorkriegszeit festgestellt worden.»

Die Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Auch die Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf dem Kongress in Stockholm, sowie der Tagungen der Wirtschaftskommission unter Beisein der sozialistischen Arbeiter-Internationale im Jahre 1931 (am 21./22. Januar) in Zürich, bieten uns die Hand. Unter

anderem bestätigt sie vollauf meine Behauptungen: **«Die Politik der Notenbank übt nicht geringen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder aus.»**

«Hat in den ersten Jahren nach dem Kriege die Inflation (Teuerung) die Arbeiter verelendet, so hat später eine deflationistische Politik (Preisabbau) die Gläubigerklassen auf Kosten der Produktion bereichert, und damit die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit verschärft. Wo dies geschieht, ist die Einstellung der Deflationspolitik eine Voraussetzung der Ueberwindung der Wirtschaftskrise.»

Wann wird unser Gewerkschaftsbund und die sozialistische Partei für die Verwirklichung dieser weittragenden Beschlüsse den grossen öffentlichen Kampf aufnehmen?

Auf was warten unsere Volksvertreter?

Da die Arbeitenden aller Stände kein Interesse haben am Sinken oder Steigen des allgemeinen Preisstandes, so müssen sie für den stabilen Preisstand im Grosshandel eintreten. Die Jahre 1927—1929 im Herbst bekräftigen diese wohltuende Wirkung des stabilen Preisstandes auf die Volkswirtschaft.

Das Ausland und die Festwährung

Ja, wie steht es denn mit dem Ausland, wenn wir die Festwährung selbständig durchführen? Das Ausland macht doch die Preise.

Das Ausland macht wohl seine Preise, massgebend für uns Schweizer ist aber der Geldwert (Kurs) des betreffenden Landes, wo wir die Ware beziehen. Steigen die Preise, so sinkt der Geldwert. Wir Schweizer kaufen die Ware wohl teuer, dafür aber das Geld billig. Als Deutschland und Oesterreich die Inflation (Teuerung) durchführte, erinnert sich noch ein jeder wie billig damals die Waren gekauft wurden. (Ich kaufte damals einen erstklassischen Wintermantel für 95,000 Mark = Fr. 15.—. Je höher der ausländische Preisstand, desto tiefer sinkt der Kurs. Umgekehrt sinken die Warenpreise (Deflation) eines Landes, so können wir Schweizer diese Waren (trotzdem sie billiger werden, wie es gegenwärtig bei uns der Fall ist) nicht mehr kaufen, weil der Geldwert (Kurs)

steigt und wir das Geld teurer bezahlen. Alles was im Ausland gekauft wird, wird nämlich nicht in Schweizerfranken bezahlt, sondern mit dem Geld des betreffenden Landes. Nicht das Ausland, sondern das Inland macht die Preise. Bundesrat Dr. Meyer und Prof. Bachmann, Direktor der Nationalbank A.-G., bestätigen dies selbst, wie schon angeführt.

Wir sind ein kleines Land, deshalb abhängig vom Ausland. Die Grösse eines Landes spielt zur Durchführung der Festwährung (Befestigung der Kaufkraft des Geldes) keine Rolle. Wir Schweizer sagen immer, ja, wir sind zu klein, wenn wir grösser wären. — Geht man nach Deutschland, so heisst es, wenn wir kleiner wären, ihr Schweizer könnt schon so «was» tun, wir nicht. War die Schweiz seit 1914 gross genug, um eine verfehlte Währungspolitik zu treiben, so ist sie jetzt auch nicht zu klein, eine richtige zu leisten. Unser kleines Land war auch gross genug zur Gründung des Weltpostvereins, deshalb an die Arbeit zur Verwirklichung dieser Forderung.

Wie unabhängig man vom Ausland ist, zeigt das Beispiel England-Indien 1873—1893. Während der Grosshandelsindex, 1873 = 100, in England von 100 auf 73 sank, stieg er in Indien auf 117. Und die beiden Länder verkehrten nach wie vor miteinander. Oder 1798—1815 stiegen im gesamten Ausland alle Preise (infolge der Notenvermehrung), während sie in der Schweiz eher sanken. Auch 1919/20 stiegen die Preise überall, auch in den Vereinigten Staaten, während sie in der Schweiz annähernd fest blieben, weil hier die Notenpresse beinahe ruhte.

Die Vermögensverteilung und die Ausbeutung

Mit dem nachstehenden Bilde möchte ich meine Behauptung beweisen, dass nicht die Rationalisierung schuld ist an der allgemeinen Krise, sondern die verschärfte Ausbeutung der Volksmassen durch unsere Zinswirtschaft, die es dem Volke verunmöglicht, die selbst produzierte Ware aufzukaufen.

Laut Aeusserungen von Bundesrat Musy wird unser Nationalvermögen auf zirka 60—70 Milliarden geschätzt. Grund und Boden inbegriffen. Dieses Vermögen verteilt sich laut Statistik von 1919 wie folgt:

also nur 345 Millionen Franken weniger jährlich als 84% der Bevölkerung mit ihrer Industrie und Landwirtschaft verdienen.

Um diese ungeheure Ausbeutung durch den Zins mehr brandmarken zu können, sei noch bekanntgegeben, unter was für Formen das Volk diesen Tribut zahlt.

Im Kanton Bern erhalten die 34 Millionäre zusammen jährlich an Zins soviel wie 1500 Eisenbahner als Lohn verdienen. **Mit andern Worten Tag für Tag 2000—5000 Franken Zins und mehr. (Bundesrat Musy gehört auch dazu.)**

Wer eine Gasrechnung von 100 Fr. bezahlt, zahlt 60 bis 70 Franken Zins an die Schulden des Gaswerkes.

Für die Schulden der Elektrizitätswerke der Schweiz müssen 50% der Einnahmen, also die Hälfte, nur für Zinsen hergegeben werden.

Von den gesamten Einnahmen der Bundesbahn müssen 28% für Zinsen hergegeben werden.

Wollte man die Zinsen aus den Fahrpreiseinnahmen zahlen, so müssten 69% der Einnahmen abgeliefert werden, oder dies pro Kopf der 35,000 Eisenbahner berechnet, eine Summe von 3250 Fr. lt. Berechnung von 1930.

Für die Mietzinse wird sogar 75% der Einnahmen für die Verzinsung verwertet, nur 25% kommen für die Amortisation in Betracht.

Von den gesamten Steuern müssen 45% nur für die Verzinsung, Staats- und Gemeindeschulden abgeliefert werden; laut Bericht mussten 1927 von den gesamten Steuern von 800 Millionen Franken 375 Millionen Franken für Zinsen hergegeben werden.

Für alle Waren, die man kauft, muss indirekt 50% Zins für Herstellung und Vertrieb dieser Ware bezahlt werden. Man stelle sich vor, was für Arbeiten möglich wären, wenn man nicht vorerst die Verzinsung der investierten Kapitalien verrechnen müsste, welche in ein Unternehmen gesteckt werden. Wie könnte unsern Arbeitslosen geholfen werden, wenn schon ein Sinken des Zinsfußes von nur 1% eine Ersparnis von 600 Millionen Franken für unsere Volkswirtschaft bedeutet.

Die Stadt Zürich hatte im Jahre 1931 laut dem Statistischen Jahrbuch 1931 eine Zinsenlast von 12 Millionen Franken zu tragen. Die Steuereinnahmen betragen 37 Millionen Franken, also ziemlich genau das Dreifache der Zinssumme. Das bedeutet, dass wir in der Stadt Zürich

jeden dritten Franken unserer Steuer den Zinslipickern als Tribut entrichten. Ganz nett, wenn man auf der andern Seite steht...

Die Werke (Gas, Wasser, Elektrizität) müssen jährlich 9,5 Millionen Zins herauswirtschaften. Für 1931 sind die Einnahmen aus diesen Werken mit 44 Millionen verzeichnet. Wäre die Zinsenlast nicht, so könnten dem Zürcher Bürger diese lebensnotwendigen Dinge um mehr als einen Fünftel billiger abgegeben werden.

Ohne weitere Beispiele anzuführen, kann ein jeder feststellen, dass die Hälfte aller Arbeitsleistungen und aller Arbeitserzeugnisse von den Zinsbezügen an sich gerissen wird; um die andere Hälfte streiten sich die Bauern, Arbeiter, Gewerbetreibenden, Unternehmer, Staatsangestellten, Lehrer usw.

Durch die Unkenntnis und der bewussten Verheimlichung der wahren Ausbeutung sind die Arbeitenden, politischen Parteiengespalten, die Führerverhetzen gegenseitig das Volk, und der Dritte, der Lachende, der wahre Ausbeuter ist die Hochfinanz und das Spekulantentum.

Diese Zahlen zeigen, dass die Ausbeutung des Volkes von einer ganz anderen Gruppe sich vollzieht, als man bisher angenommen hat. In dieser Hinsicht müssen wir Klarheit schaffen. Es ist eine Schande für unsere Zivilisation, dass eine solche Minderheit von 3,1% der Bevölkerung 53% des ganzen Nationalvermögens besitzen kann, währenddem 48,4% des Volkes nichts besitzen. Es musste so kommen durch diese Geld- und Zinswirtschaft, wo das Spekulantentum im Schutze des heutigen Staates den Mittelstand und die Arbeiterklasse ausplündern kann.

Die Vernichtung des Volksvermögens

Der Zins ist ein arbeitsloses Einkommen. Es wird geschützt durch unser Geldsystem und durch die Lüge. Wie die Arbeiter, Bauern, Unternehmer usw. sich in Verbänden zusammengeschlossen haben, um ihre Rechte und Einkommen zu verbessern, so tut es auch die Hochfinanz.

Damit es den Arbeitern möglich ist, ihre Lage zu verbessern, muss eine Bedingung vorhanden sein:

1. Keine arbeitslosen Berufskollegen.
2. Es muss Arbeit vorhanden sein.

Ein jeder Arbeitsloser ist ein Konkurrent und wird zum Lohndrucker, sobald er keine Unterstützung mehr erhält oder sein erspartes Geld aufgebraucht hat. Deshalb wird der Lohnabbau, wenn nicht die Preisabbaupolitik mit aller Schärfe bekämpft wird, sich unter diesen Umständen vollziehen, weil die wirtschaftliche Situation weit mächtiger ist als jede Moral und Prinzipien.

Dieses Beispiel ist auch massgebend für den Unternehmer, Bauern und Gewerbetreibenden usw., denn je grösser die gegenseitige Konkurrenz, desto kleiner wird das Einkommen jedes einzelnen.

Die Einheitsfront aller Schaffenden ist demzufolge eine absolute Notwendigkeit. Die Arbeitslosen können nicht ewig unterstützt werden, da die Kassen geleert werden und die Verschuldung des Staates und der Gemeinden rapid zunimmt.

Um so notwendiger ist der Kampf gegen die Ursachen der Krise, welche organisiert wird zur Verteidigung und Befestigung der wirtschaftlichen Position der wahren Ausbeuter.

Nun ein Beispiel, warum man die Krise organisiert:

Nehmen wir an: 10 Jahre ununterbrochen Arbeit, wie es in den Jahren 1927—1929 der Fall war. Was könnten die Arbeitenden aller Stände ersparen? Der Geldüberfluss der Banken genügt zum Teil, um den Nachweis zu erbringen. Der Staat und die Gemeindewesen könnten ihre Schulden bezahlen, die Privatindustrie käme in eine Blütezeit all die Genossenschafter, Sozialisten und Kommunisten könnten ihre Theorien in die Praxis umsetzen, aufbauend wirken.

Warum denn?

Weil der Reichtum der Arbeitenden sich durch die gute Konjunktur vermehrt, und da ein jeder sein Erspartes an den Zins anlegen will, drückt man, ob man will oder nicht, den Zinsfuss.

Das Volkskapital entwickelt sich zu einem scharfen Konkurrenten des Grosskapitals, ganz gleich wie der arbeitslose Kollege zum Lohndrucker wird, sobald er hungern muss, oder man ihm die Unterstützung kürzt.

Wie die gute Konjunktur auf den Zins einwirkt, kennzeichnet sich vor allem anhand des niederen Zinsfusses vor einer Krise. So konnte die amerikanische Industrie vor Ausbruch der Krise 1929 genügend Kapital beziehen, zu einem Zinsfuss von $1\frac{3}{4}$ bis $2\frac{1}{2}\%$. Nach der grossen Krise 1908 in Amerika musste, wer Kapital benötigte und sich vor dem völligen Untergang retten wollte, 15% Zins zahlen, für kurzfristige Gelder sogar bis zu 20% und 25%. So wird der Verdienst (oder Diebstahl) Morgans am Gute des Volkes auf 3000 Millionen Dollar berechnet. In Schweizerfranken umgerechnet zirka 15 Milliarden. 1890 schätzte man das schweizerische Nationalvermögen auf 18 Milliarden. Das sind Gewinne, die sich vergleichen lassen. — Muss man sich da fragen, wer die Organisatoren der Krisen und Kriege sind, wenn solche Gewinne winken!

Selbst wir Schweizer, nach der grossen Krise 1920 bis 1923 mussten unsern guten Patrioten 5% Zins zahlen (Emissionskurs 96) für die Anleihen, die wir in Amerika machten. Hier streikte die Hochfinanz mit ihrem Kapital und erzwang sich jenen Wucherzins.

Warum denn?

Weil eben durch diese künstlich geschaffene Krise das Volkskapital zum Teil vernichtet wurde.

Wer die Entwicklung der vergangenen Krisen verfolgt, muss immer wieder feststellen, dass erst von diesem Moment an eine wirtschaftliche Besserung eintritt, wo der Mittelstand halb oder ganz vernichtet ist.

Die heutige Krise wird ebenso endigen, wenn nicht vorher Halt geboten wird.

Wenn man heute Anleihen machen kann à 4%, so verdanken wir das unserer Geldflüssigkeit (S. 19). Dauert die Krise an, so wird der Mittelstand nebst den bisherigen Verlusten noch gewaltigere haben. Staat und Gemeinden werden so verschuldet sein, dass der Zinsfuss, wie in den andern Krisenländern, 8—12% betragen wird.

Was dies bedeutet, kann man sich erst recht vorstellen, wenn man bedenkt, dass das arbeitende Volk in der Schweiz jetzt, à 5% berechnet, 3 Milliarden Zins zahlt, geschweige dann, wenn der Zinsfuss auf 10% ansteigt. Was diese Summe für unsere Volkswirtschaft bedeutet, kann man erst ermessen, wenn man bedenkt, dass unsere Industrie und Landwirtschaft jährlich für zirka 3 Milliarden Werte schafft. Da versteht man, weshalb das Volkskapital vernichtet werden muss.

Die Beschaffenheit des Geldes

Aber worin besteht denn diese grosse Macht der Hochfinanz? In der heutigen Geldform. Um dies richtig zu erfassen, müssen wir uns vor allem klar sein, welche Bedeutung und welche Rolle das Geld in unserer Volkswirtschaft spielt.

Wie der menschliche Körper zu seiner Lebenstätigkeit und Arbeitsleistung eine bestimmte Menge Blut braucht, so der Wirtschaftsorganismus eine bestimmte Menge Geld. Ruht der Körper und ist die Arbeitsleistung gering, so befindet sich ein Teil der gesamten Blutmenge in bestimmten Organen und nur der übrige, grössere Teil wird durch die Herzpumpe im Hauptkreislauf in Zirkulation gehalten. Geht der Körper zu höherer Arbeitsleistung über, so wird die gesamte Blutmenge in den Hauptkreislauf einbezogen und dieser durch erhöhte Tätigkeit des Herzens, im ganzen zur schnelleren Zirkulation gebracht. Geht dann die Arbeitsleistung zurück, vermindert sich die Tätigkeit der Herzpumpe, so wird die Blutzirkulation langsamer und ein Teil des Blutes kehrt gewissermassen aus dem Hauptkreislauf in die Reservestellung, einem langsamen zweiten Kreislauf durch verschiedene Organe, zurück.

Genau so sollte es mit dem Gelde in unserer Volkswirtschaft sein. Wie das Blut dem Menschen dient, so soll das Geld der Volkswirtschaft dienen. Das Geld soll ein Tauschmittel im wahren Sinne des Wortes sein, und nicht Machtmittel einiger Menschen.

Weshalb ist es aber kein Tauschmittel? Man kann doch, wenn man Geld hat, Waren dafür eintauschen (kaufen)?

Weil das heutige Geld, gegenüber der Ware, den Vorteil besitzt, dass es sich nicht zersetzt und zu Grunde geht. Wer es nicht glaubt, versuche etliche Pfund Speck mit einer Zwanzigfrankenote in einem Schrank einzuschliessen, öffne ihn nach 10 Jahren und dann kann ein jeder selbst urteilen. Hierin liegt die geheimnisvolle Macht, der Schlüssel zur sozialen Befreiung. Solange das Geld nicht auf die gleiche Stufe gestellt wird wie die Ware, welche der Zersetzung unterstellt ist, sobald man es hamstern will, werden wir

die Macht der Hochfinanz nicht brechen können. Auch wenn wir die edelsten Menschen in der Regierung eines sozialistischen Staates haben.

„Unsere“ Nationalbank eine Privatbank

Warum denn nicht?

Weil die Herzpumpe der Volkswirtschaft, unsere Nationalbank, versagt. Während die Herzpumpe im menschlichen Körper bei grösserer Arbeitsleistung ihre Tätigkeit erhöht, z w a n g s w e i s e das Blut vom kleinen in den Hauptkreislauf bringt, bekümmert sich unsere Nationalbank, welche das Geld in den Verkehr setzt, um keinen Cent, ob genug oder zu wenig Blut (Geld) der Volkswirtschaft zugeführt wird. Oder, wie es gegenwärtig der Fall ist, dass zirka 800 Millionen Franken gehamstert sind, zum Teil aus spekulativem Grund.

Herr Prof. Dr. Marbach äusserte sich in dieser Frage in der Metallarbeiterzeitung vom 15. Juni 1929 so recht treffend; er sagt uns, aus welchem Grunde man nichts gegen diese Uebelstände macht.

«Weil in der modernen Geldwirtschaft nicht der Tausch, sondern vielmehr der Geldnutzen (also der Zins) bei Warentransaktionen im Vordergrund liegt, so werden vorerst nicht bestimmten Waren nachgefragt sondern stets dem Geld. Ohne genügend Geld können somit die Waren — auch wenn sie, wie das immer der Fall ist, im Ueberfluss vorhanden sind — einander nicht «finden». Das Geld ist das Mittel fortgesetzten Warenstromes vom Produzenten zum Verbraucher. Wo es in nicht genügender Menge, resp. in nicht richtigem Verhältnis zur effektiven oder zu produzierten möglichen Warenmenge vorhanden ist, da müssen im Warenumschlag Stockungen vorkommen. Diese Stockungen können zu Wirtschaftsstörungen, zu Depressionen oder Krisen führen.» Warum tut unsere «Staatsbank» nichts gegen dieses Hamstern von Geld, das der Volkswirtschaft entzogen wird, welches sie doch bedarf, wie der Mensch sein Blut, wenn er arbeiten will?

Weil unsere «Nationalbank» keine wirkliche Staatsbank ist, wie sie es sein sollte, sondern eine Privatbank, wovon der Bund nicht eine einzige Aktie besitzt,

sämtliche Kantone nur 38,764 Aktien, dafür aber die Privaten 61,236 Aktien. (Diese Zahlen entstammen der Gründung von 1907, seither hat sich nicht viel geändert.)

Als Privatbankist es begreiflich, dass sie das Ausschütten einer schönen Dividende viel höher einschätzen wird, als das Interesse der Allgemeinheit zu wahren, folglich selbst zur Hochfinanz gehört und mitschuldig ist an der heutigen Krise, wie an jener von 1920—1923. Prof. Dr. Gustav Kassel, Mitglied des Finanzkomitees des Goldausschusses des Völkerbundes, sagt auch mit Recht:

«Die Verantwortung, die die Leiter der Geldpolitik für die heutige verhängnisvolle Entwicklung tragen, ist in der Tat so fürchterlich, dass der Eifer leicht zu verstehen ist, womit man auf der Seite der Notenbanken jeden Einfluss auf diese Entwicklung abzulehnen suchen wird.»

Welche ungeheure Rolle das Geld in unserer Volkswirtschaft spielt, glaube ich einigermaßen erklärt zu haben. Es ist aber noch eine Ursache, die zur Krise führen kann. Dies ist die «Goldwährung».

Die Goldwährung und ihre Anbeter

Motto:

«Ehret Lykurt», sagte schon Pythagoras vor 2½ Jahrtausenden, «ehret ihn, denn er ächtet das Gold, die Ursache aller Verbrechen.»

Goldwährung heisst:

Laut Gesetz ist die Notenbank einer Nation, welche vom Staat beauftragt wird, Papiergeld in den Verkehr zu setzen, verpflichtet, eine gewisse Masse Gold als Deckung in ihren Kellergewölben aufzubewahren. Für die Schweiz beträgt die Deckung 40%. Wenn genügend Gold vorhanden ist, kann das Geld vermehrt werden, man kann sogar das Geld derart vermehren, dass wir eine Teuerung (Inflation) erleben, wie wir sie von 1914 bis 1919 hatten.

Wird aber das Gold aus irgend einem Grunde einer Nation entzogen, wie es in England und Deutschland der Fall war, zur Ausgleichung der Schulden an Frankreich, da muss ein solches Land sein Papiergeld aus dem Verkehr zurückziehen und zugleich den Diskont heraufsetzen, das heisst: dem Kreditnehmer, der Volkswirtschaft, den Brot-

korb höher hängen. Dieses kann dann zur Deflationspolitik (Preisabbau) führen, wie wir sie im Jahre 1920—1922 erlebten, und artet immer in eine allgemeine Krise aus. Sollte das Gold wirklich die Grundlage unserer Geldwirtschaft bilden, so muss das Gold in solchem Masse vorhanden sein, dass unsere Volkswirtschaft der Gefährdung des Warenaustausches nicht ausgesetzt ist. Dem ist aber nicht so. «Die gesamte Goldproduktion der Welt ist gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen», schreibt Prof. Dr. Marbach. «Der Rückgang betrifft alle Länder mit Ausnahme von Südafrika, Kanada und Russland. Mit 2106 Millionen bleibt die Jahresproduktion pro 1928 mit 282 Millionen Franken hinter der Förderung von 1913, dem letzten Vorkriegsjahr, zurück. Wenn nicht Transvaal seine Förderung von 943 Millionen im Jahre 1913 auf 1110 Millionen im Jahre 1928 gehoben hätte, so würde ein ganz beträchtliches Defizit der Goldförderung eingetreten sein. Dem Rückgang der Goldförderung stehe eine Vermehrung der Warenproduktion gegenüber. 1928 wurde total mehr Ware produziert als 1913. Da nun das Geld als Warenaustauschmittel in fast allen Ländern der Menge nach vom Golde abhängig ist (auf Gold basierte Währungen), so bedroht die Verknappung der Goldförderung den Warenaustausch.»

Da die Produktion jährlich um 3% zunimmt, so bedarf die Volkswirtschaft ebensoviel mehr Blut (Geld), 3%, während die Goldproduktion jährlich nur 2% beträgt. (Dies laut Berechnung des Prof. Kassel, Stockholm.) Mit Recht sagt Prof. Marbach: «Entweder wird in Zukunft das Gold weiterhin entthront werden müssen, oder die Goldproduktion muss zunehmen, sollen nicht die erwähnten Wirkungen auf die Weltwirtschaft und damit auf die einzelnen, nationalen Wirtschaften entstehen.» Zu bemerken sei, dass sich innert einem Jahr 15 Länder zum Aerger der Hochfinanz von der Goldwährung losgelöst haben.

Der Aerger besteht natürlich nicht etwa darin, dass der Hochfinanz und dem Spekulantentum das Wohl der Völker so am Herzen liegt. O nein! Die schönen Gewinne,

die durch die Beibehaltung der Goldwährung den verschiedenen Goldminengesellschaften winken.

So wurden im Jahre 1900 von den Goldminengesellschaften in Südafrika folgende Dividenden ausgeschüttet:

| | |
|-------------------|----------|
| 6 Gesellschaften | 40— 50 % |
| 14 Gesellschaften | 30— 40 % |
| 5 Gesellschaften | 50— 70 % |
| 2 Gesellschaften | 70—100 % |
| 1 Gesellschaft | 112 % |
| 1 Gesellschaft | 156 % |
| 1 Gesellschaft | 185 % |

Im Jahre 1910:

| | |
|-------------------|-------|
| eine Gesellschaft | 200 % |
| eine zweite | 220 % |
| eine dritte | 300 % |

1909 wurden 600 % Dividenden ausbezahlt, schreibt Sombart.

«Im Jahre 1922 verteilten die südafrikanischen Gruben im ganzen 100% Dividende. Und da man weiss, dass auch in der Schweiz Millionen und Millionen in Goldminenaktien angelegt sind — das sagte in öffentlicher Versammlung Kantonalbankdirektor Walder in Schaffhausen — so begreift man, warum sich auch in der Schweiz so viele Leute für die Goldwährung einsetzen, trotzdem wir uns dadurch vom Auslande abhängig machen und das Geld mit unseren Arbeitserzeugnissen zahlen müssen.» Fritz Schwarz in «Morgan, der ungekronte König», Seite 73.

Da versteht man, warum man sich heute so für die Goldwährung wehrt; diese Gewinne sollen für die Zukunft gesichert werden.

Nur noch einige Länder haben die Goldwährung, darunter Frankreich, Amerika und die Schweiz. Leider hat unsere Regierung bei der Aufhebung der Silberwahrung im Jahre 1930 nichts gelernt, wo 120 Millionen Verluste zu verzeichnen waren, verursacht durch die Silberentwertung. Wie wird es uns ergehen, wenn Frankreich die Goldwährung aufhebt? Wir mit unserem Goldvorrat von über 2,6 Milliarden Franken!

Nebst der Gefahr, dass die Goldförderung ständig abnimmt, sind es noch die Bijoutiers und Goldschalenmacher, die in guten Zeiten das Gold zu Produktionszwecken ständig

dem Verkehr entziehen, somit die Grundlage der Volkswirtschaft aufs ernsteste gefährden.

Für die Goldschalenmacher, wie für die ganze Welt, wäre es bedeutend besser, sie hätten das Gold zu Produktionszwecken zur Verfügung, als in einem Keller brachliegend.

Die wahre Grundlage

Die Loslösung unserer Währung vom Golde ist somit eine absolute Notwendigkeit, damit die Grosshandelspreise nicht ins Fallen und nicht ins Steigen kommen. Und um dies zu erreichen müssen wir:

1. Das Geld vom Golde trennen und es den Bedürfnissen der Volkswirtschaft anpassen.
2. Das aus Papier hergestellte Geld muss so gestaltet werden, dass dieses unter allen Umständen gegen Waren angeboten wird, und zwar selbst dann noch angeboten wird, wenn der Kapitalzins, der Zins des Geldes, sowie der Zins der Sachgüter (Realkapitalien) fällt und verschwindet.

Die Grundlage des Frankens kann nur an seinem inneren Wert der Kaufkraft gemessen werden, oder hast Du Dich, lieber Leser, schon einmal gefragt, durch wieviel Gold Dein Zahltag gedeckt ist? Für uns Arbeitende gibt es nur eine Frage: Wieviel kann ich mit meinem Zahltag (Lohn) kaufen. — Den Wert des Geldes richten wir nach der Menge Waren, die wir für unser Geld erhalten. Diese gesunde Grundlage fehlte bis zur Stunde vollkommen, das zeigt am besten die Entwicklung von 1914 bis 1932.

Die Rückwirkung der Geldwertschwankungen

Als 1914 unser Staat Geld brauchte, hob man die Goldeinlöschungspflicht auf, ohne Befragung des Volkes —. Man liess die Notenpresse laufen, führte eine Inflation durch und entwertete den Franken um 60% zum Schaden des Volkes.

Die Bundesbahner der Schweiz verloren allein infolge der Entwertung des Frankens von 1914—1919 an Kaufkraft 151,330,000 Franken ihrer Besoldung. Alle Tarifverträge der Arbeiter wurden verfälscht. Die Versicherten und Sparer wurden betrogen. Von 1920—1926 wertete man den Franken wieder um 20% auf, das heisst man senkte die Preise um 20%, was die grosse Krise zur Folge hatte, und seit 1929 im Herbst beginnt die gleiche Deflationspolitik. Dies ist die Währungsgrundlage von heute.

Wenn die Kaufkraft des Frankens um nur 1% schwankt, beträgt dies ungefähr für die Schweiz (gegenwärtig ist die Kaufkraft des Frankens 14% gestiegen):

| | | | |
|--------------------------------|------------|----|---------|
| Hypothekenschulden | 9000 Mill. | 90 | Mill. |
| Hypothekenzinsen, jährlich | 450 | > | 4,5 > |
| Schuldenlasten der Bauern | 4000 | > | 40 > |
| Zinslasten der Bauern | 220 | > | 2,2 > |
| Einnahmen der Bauern | 1500 | > | 15 > |
| Staatsschulden | 7260 | > | 72 > |
| Deren Verzinsung | 375 | > | 3,75 > |
| Sparkassenguthaben | 3875 | > | 38 75 > |
| Versicherungssummen | 2600 | > | 26 > |
| Löhne der eidgen. Beamten | 240 | > | 2,4 > |
| Löhne der Fabrikarbeiter zirka | 1300 | > | 13 > |

Versteht man nun, dass die Geldwertschwankungen «Mein» und «Dein» durcheinanderbringen und die Moral der Völker aufs schwerste schädigen! — Wenn man dabei noch denken muss, dass all dies von einer kleinen Gruppe von Menschen organisiert wird, die dadurch Millionen und aber Millionen einstecken, während die Arbeitenden aller Stände um Hab und Gut gebracht werden — Wann wird das Einkommen aus Spekulation als Betrug und Diebstahl bestraft — ?

Wenn einem Kaufmanne der Meter nicht stimmt, dem Spezereihändler die Waage nicht geeicht ist, wird er bestraft wegen Betrug. Das Litermass beim Milchhändler muss stimmen. Oder kann ein Architekt mit einem Metermass aus elastischem Gummi arbeiten? Oder braucht man für 1 Kilometer nur 960 Meter zu messen?

Alle diese Masse und Gewichte müssen im öffentlichen Gebrauch ganz genau stimmen unter Androhung der Strafe. Wann werden unsere grossen Geldverfälscher bestraft, die den Fran-

ken bald aufwerten, bald entwerten, dann wieder im Werte eine Zeitlang stabil halten, um alsdann ihr Schachspiel von neuem zu beginnen — — ?

Programm des Kampfes

Doch wie soll man sie, die Hochfinanz, die Organisatoren der Krisen und Kriege bekämpfen?

1. Indem die Arbeitenden aller Stände den sofortigen momentanen Rechtsstillstand fordern, um allen Spekulationen, die darauf ausgehen, die von der Krise Betroffenen um Hab und Gut zu bringen, zu schützen.
2. Durch Aufklärung der inneren wirtschaftlichen Vorgänge in der Volkswirtschaft, wie es die Statistik darstellt. Bild 2.
3. Aufhebung der Goldwährung, weil sie uns nicht im geringsten die Gewähr bietet, die Grundlage des Frankens zu sichern.
4. Die Verstaatlichung der Nationalbank (A.-G.) und Unterstellung deren Kontrolle einem Währungsamt, welches von den verschiedenen Wirtschaftsverbänden, wie Gewerkschaftsbund, Bauern-, Gewerbe- und Unternehmerverband geleitet wird.
5. Einführung der Festwährung; als Richtlinie diene der Grosshandelsindex. Die Goldausgabe ist so zu ordnen, dass der Wert des Frankens keinen Schwankungen mehr unterworfen ist.
6. Der Grosshandelsindex soll innert 3 Jahren auf die gleiche Stufe gestellt werden, wie im Anfang des Jahres 1929. Auf diese Weise gibt es der Wirtschaft einen starken Anstoss und erleichtert die allgemeinen Lasten des Volkes.
7. Zur Verhinderung dieser Währungspolitik wird die Hochfinanz den Geldstreik durchführen, das Geld dem Verkehr entziehen und hamstern. Wenn dies geschieht, soll das Geld dem Umlaufzwang (Steuer) unterworfen werden.

Dies ist die Grundlage, die Kampfesrichtlinie des Mittelstandes und der Arbeiterklasse, die sie zur Ueberwindung dieser Krise beschreiten muss, will sie nicht dem Untergang geweiht sein oder die Folgen der Krise jahrzehntelang mitschleppen und bestenfalls wiederum eine solche Krise erleben.

Durch diesen Schritt schaffen wir die Grundlage für die gerechte Verteilung des Arbeitsertrages, einen gesunden Boden zur Verwirklichung des Friedens und der Gerechtigkeit unter dem Volke.

Der wahre Fortschritt der Menschheit kann und soll sich nur auf Kosten des arbeitslosen Einkommens (Zins) vollziehen und nicht auf Kosten des Steuerzahlers. Ihr ehrlich Gesinnten aller Stände, ungeachtet Eurer politischen und konfessionellen Einstellung, seid mitverantwortlich für alles, was kommen wird, helft mit, die Grundlagen der Gesellschaft so zu gestalten, dass Friede und Gerechtigkeit herrsche. Und uns Sozialisten möchte ich die Schlussworte des Prof. Dr. Fr. Marbach ans Herz legen:

«Durch eine bessere Geldpolitik kommen wir noch nicht in den Sozialismus hinein; aber wir können immerhin Leuten die Welt verschönern, die um das sozialistische Ideal kämpfen. Und das ist auch etwas.»

(Der Verfasser dieser Broschüre ist bereit, in dieser Frage auf Wunsch Vortrag zu halten.)

Biel, den 15. Oktober 1932.

Offener Brief an den Sozialdem. Parteivorstand der Schweiz 1932

Laut Zeitungsberichten vom 10. und 11. Oktober 1932 wurde meine Person auf Antrag der Soz.-dem. Partei Biel nach 18monatiger Untersuchung wegen «kommunistischer» und «freigeldlerischer» Propaganda aus der Partei ausgeschlossen. Diese Broschüre ist meine einzige Antwort, die ich noch geben kann, ein jeder Leser kann selbst urteilen, inwiefern ich parteischädigend wirkte. Meine Gedankenwelt als Geldreformer bekräftige ich durch Zitate der Genossen Prof. Dr. Fritz Marbach, Bern, anerkannter Volkswirtschaftler der Sozialdemokratischen Partei, sowie Hans Schuhmann, Deutschland und vieler anderer bekannter Sozialisten, welche immer noch als Mitglieder der Partei tätig sind, und endlich auf die gefassten Gewerkschaftsbeschlüsse (über die Ursachen der Krise) in Stokholm 1930 und in Zürich am 21./22. Januar 1931. Ihr habt mich ausgeschlossen, doch bin ich nicht tot. — Dieser Ausschluss ist weder sozialistisch, noch menschlich, noch gerecht. Was würde aus mir, wenn Sie die Militär- und Polizeidiktatur inne hätten —? Wo die Möglichkeit vorhanden ist, jede Meinungsäußerung mit Gewalt zu unterdrücken —!

Ich kann Ihnen versichern:

Will «unsere» Partei die Führung der Massen in Händen behalten, so ist eine klare Einstellung in den Fragen der Geldpolitik eine Voraussetzung, will die Partei nicht der Spielball derer sein, die den Kredit, das Geld, beherrschen. Die Frage der Geldpolitik darf somit nicht nur in den höhern Genossen-Kreisen besprochen werden, wie bis dato, sondern es ist ein Gebot der Stunde mit der Masse zu sprechen.

2. Die mangelnde Einheitlichkeit — besser gesagt, die Klarheit — in diesen Fragen innerhalb der Arbeiterklasse bildet der beste Schutz für die internationale Hochfinanz und das Spekulantentum.

3. Alle diejenigen, die diese Unklarheit mit einem verdächtigen Eifer zu erhalten suchen, oder aber aus Unzulänglichkeit, Naivität oder beschränkter Orthodoxie dazu beitragen, gehören zu den gefährlichsten Feinden der Arbeiterklasse.

BIEL, den 15. Oktober 1932.

Hermann Vogt.